

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 21

**Artikel:** Die Volksfront in Estland  
**Autor:** Bruderer, Georg  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094258>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Volksfront in Estland

**In allen drei baltischen Sowjetrepubliken ist es zur Bildung von Volksfronten gekommen. Hier versteht man unter diesem Begriff das Bündnis von kommunistischen Parteien mit sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, aber dort hat er einen andern Inhalt erhalten, einen nationalistischen.**

In einer Sendung des estnischen Fernsehens im April dieses Jahres wurde erstmals der Vorschlag zur Gründung der «Volksfront zur Unterstützung der Perestrojka» gemacht. Dies ist die offizielle Bezeichnung der seither entstandenen und stark gewachsenen Bewegung. In Estland selbst, aber auch in der sowjetischen Presse wird die neue Bewegung meistens einfach als «Volksfront» bezeichnet. Ende September gab es in Estland schon über 1500 Sektionen oder Gruppen dieser Bewegung, und am 1./2. Oktober hat die formelle Gründungsversammlung in Tallinn stattgefunden.

Nach Angaben der Initianten ist die Volksfront keine Partei, sondern eine Bewegung, eine Bürgerinitiative. Sie ist entstanden als Alternative zu den bestehenden Machtstrukturen, im gewissen Sinn in einem politischen Vakuum. Das bestätigt die estnische Parteiführung selbst. Indrek Toome, der ZK-Sekretär der Kommunistischen Partei Estlands, führte in der «Prawda» (29. 9. 88) aus: «Die Volksfront ist in einer Zeit entstanden, in der die Führung der KP Estlands sehr unentschlossen, zögernd und ohne jegliche

Initiative handelte und deshalb das Vertrauen des Volkes verloren hat.» Ein bemerkenswertes Geständnis und ein niederschmetterndes Urteil für die Partei.

### Moskau und Tallinn

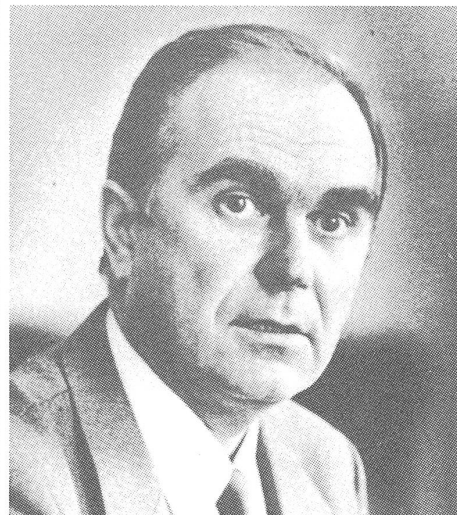
Die politische Beurteilung der Volksfront ist in Tallinn und in Moskau nicht gleich. Während die estnische Parteiführung die neue Bewegung durchaus positiv beurteilt und unterstützt, macht Moskau verschiedene Vorbehalte und kritisiert «bestimmte nationale Tendenzen» und extreme Forderungen. Hier die Gegenüberstellung der Urteile. Der schon genannte ZK-Sekretär Toome:

«Die neue Bewegung hat die Partei- und Staatsorgane gezwungen, auf die Volksmeinung zu hören, und sie hat auch einen günstigen Einfluss auf das politische Leben der Republik . . . Bei der Plenarsitzung des ZK der KP Estlands wurde festgestellt, dass die Volksfront gewaltige Möglichkeiten hat, was die Mitwirkung bei der Ausarbeitung von Programmen zur Erneuerung und Entwicklung einer politischen Kultur des Volkes und zur Stärkung der Position der Republik im gesamtsovietischen Prozess der Perestrojka betrifft. Die Volksfront kann Fehler, die das öffentliche Leben erschweren, verhindern. Wir Kommunisten müssen mit den Mitgliedern der Volksfront zusammenarbeiten.»

Die «Prawda» (29. 9. 88) ihrerseits schreibt:

«Es gibt noch immer Leute, welche die Volksfront beinahe für eine Oppositionspartei halten. Andere glauben, dass sie die Sowjets ersetzen soll . . . Wenn die Volksfront in ihrem Programm das Verhältnis zur Kommunistischen Partei definieren und direkt ihre führende Rolle eingestehen würde, brächte das eine wesentliche Annäherung der Positionen vieler Belegschaften und Parteiorganisationen an die Volksfront mit sich.»

Die Parteiführung Estlands widerspricht eindeutig den Intentionen des Parteiorgans «Prawda», das unmissverständlich fordert: «Alle neuen Bewegungen müssen sich streng an die Verfassung halten und bei ihrer Tätigkeit von geltenden Gesetzen ausgehen. Das heisst, sie müssen im Rahmen der Legalität bleiben. Deshalb müssen ihre Statuten von den zuständigen Behörden geprüft werden.»



Der estnische ZK-Sekretär Indrek Toome.

Darauf antwortet die estnische Parteiführung: «Wir müssen uns von der prinzipiell falschen und gefährlichen These trennen, dass die Partei überall beteiligt sein muss. Das ist die Basis für eine weitere zweifelhafte Schlussfolgerung: Womit die Partei nichts zu tun hat, damit hat der Feind zu tun . . . Heute noch sind viele der Ansicht: Wenn etwas ausserhalb des Schutzmantels der Partei entsteht, ohne Anweisung und Zustimmung, so ist das auf jeden Fall zweifelhaft.»

### «Nationaler Virus»

Wie lange die estnischen Parteiführer sich «undiszipliniert» gegenüber Moskau zeigen werden und die Volksfront unterstützen und fördern werden, ist schwer zu sagen. Wahrscheinlicher ist, dass es innerhalb der estnischen Parteiführung zur Frontenbildung kommen wird, indem sich einige zentrums-treue Parteiführer gegen die Volksfront stellen. Möglich ist auch eine Entwicklung, bei der die estnische Parteiführung ihre anfängliche Position aufgibt und dank ihrer dabei gewonnenen Popularität die Volksfront doch zum bewährten «Transmissionsriemen» der Partei macht.

Interessant ist jedenfalls, dass die Haltung der estnischen KP gegenüber der Volksfront mit sehr ähnlichen Erscheinungen in Lettland, Litauen und Armenien übereinstimmt, was die Unterstützung der nationalen Interessen betrifft.

### In dieser Nummer

Und sie bewegt uns doch . . . . .	4
... nämlich die Perestrojka	
Perestrojka und Islam . . . . .	6
In den zentralasiatischen Sowjetrepubliken greift das «Neue Denken» noch nicht	
Zusammenhänge . . . . .	7
Internationale Brigaden für Afghanistan?	
Erdölpreise . . . . .	8
Unterschiedliches Kopfzerbrechen	
In Kürze . . . . .	9
Meldungen und Zitate aus der UdSSR	
Die DDR zeigt stramme Mannen . . . . .	10
Betriebskampfgruppen im alten Marsch	
Der Buchtip . . . . .	11
Der CSSR-Gulag	
Vom Reformkurs zum Umbruch . . . . .	12
Laszlo Revesz zum Wandel in Ungarn	

## LIEBE LESER

Ich weiss nicht, welchen Bezug Sie zum Begriff der Volksfront haben, aber auf mich wirkt das, was unter diesem Namen im Baltikum vor sich geht, wie eine eigenartige historische Wiederholung in umgekehrter Richtung.

Die Volksfront, das war seinerzeit in Osteuropa eine Etappe auf dem Weg zur kommunistischen Machtergreifung. Ein Bündnis der KP mit andern politischen Kräften, die dann der zielbewussten, durchorganisierten und zukunftssträchtigen «Vorhut des Proletariats» untertan gemacht wurden. Und dieser Anspruch galt auch anderswo, wo man die Volksfront durchzusetzen suchte und fehlende Resultate bloss als Aufschub hinnahm, in der sicheren Erwartung, dass die Bedingungen für den Sieg des Sozialismus gemäss den historischen Gesetzmässigkeiten am gegebenen Ort einfach noch nicht reif seien. An Ausgang indessen war nicht zu zweifeln; dass der Fortschritt in Richtung auf die eigene Ideologie verlief, das war ja wissenschaftlich bewiesen.

Und nun das Baltikum. Hier erscheint die Volksfront – mutatis mutandum – wie eine Etappe in der umgekehrten Richtung. Die dortige KP, die ihren unumstösslichen Sieg bereits errungen und die alleinige Macht bereits ausgeübt hatte, sieht sich veranlasst, in einer Volksfront mit anderweitigen Kräften mitzumachen, um sich wenigstens unmittelbar in eine gewandelte Zukunft hinüberzusetzen. Die Initiative ist auf die «historisch überwundenen» Kräfte übergegangen, und die ehemalige Vorhut führt die jeweiligen Sowjetrepubliken aus ihren ausgebauten Hinterlandpositionen heraus und lässt sich den Weg weisen.

Hier liesse sich auch der Begriff der Salami-taktik in dialektischer Umkehr anwenden. In der Volksfront bestehen die treibenden Kräfte aus Esten, Letten und Litauern, welche Unabhängigkeit meinen, wenn sie von Autonomie reden, und die KP macht das üble Spiel (vor welchem Moskau ausdrücklich warnt; niemand verrät da ein Staatsgeheimnis) als mitgenommener Partner mit, um Schlimmeres zu verhüten.

Oder schon in Bejahung einer demokratisch geteilten Macht in der Zukunft? Die Volksfront hat – vorläufig unwidersprochen – ihre Absicht bekanntgegeben, bei kommenden Wahlen eine eigene Kandidatenliste aufzustellen, und wenn das umgesetzt würde, wäre eine qualitative Änderung des politischen Systems bereits geschehen: Statt der bisher schon als Neuerung gebilligten Auswahl an gleichgesinnten Kandidaten hätte man alternative Möglichkeiten, selbst wenn sie einstweilen noch nicht als solche deklariert sein sollten. *Christian Brügger*



Volksfront-Kundgebung in Tallinn.

Dass es sich bei der estnischen Volksfront vorwiegend um nationale Interessen handelt, beweist die Tatsache, dass die Unterstützungsgruppen der Volksfront sich grösstenteils aus Esten zusammensetzen, während die nichtestnische Bevölkerung sich ihr gegenüber sehr reserviert zeigt. Deshalb ist es kein Zufall, dass die Volksfront oft auch «Nationale Front» genannt wird. Die Berechtigung dieser Bezeichnung geht schon daraus hervor, dass die russischsprachige Bevölkerung Estlands bereits als Gegenmassnahme die «Internationale Bewegung» gegründet hat.

Grosse Teile der Bevölkerung Estlands akzeptieren die Volksfront als eine neue Form der Selbstverwaltung und teilen ihre Besorgnis über die übermässige Migration in die Republik und die sich zuspitzenden ökologischen Probleme. Eine wichtige Forderung der Volksfront besteht in der Anerkennung der estnischen Sprache als Staatssprache und in der Verbesserung des Unterrichts der estnischen Sprache an den Schulen.

«Ogonjok» (Nr. 38, 1988) schreibt von einem nationalen Virus in Estland: «Wenn man heute in Moskau oder Leningrad Bekannte trifft, hört man die Frage: «Was geht in Estland vor, ist es ein zweiter Karabach?». . . Vor ein, zwei Jahren war die nationale Frage in Estland nicht so akut, jetzt ist es wie von einem Virus befallen.»

Die Zeitschrift berichtet auch über bisher unbekannte Tatsachen: «Wegen des vulgär

verstandenen Nationalismus gab es in Estland und Lettland Massenrepressalien. Man hat sogar Bücher (in nationalen Sprachen) verbrannt. Das blieb im Gedächtnis des Volkes. Die nationalen Gefühle wurden verletzt. Und jetzt schlägt die Welle zurück.» Die Zeitschrift bestätigt auch die estnischen Probleme Estlands: «1945 waren 97 % der Bevölkerung Estlands Esten, jetzt sind es nur 60 %. In den Städten Kochtla-Jarve, Narwa, Sillamjõe gibt es vorwiegend russischsprachige Bevölkerung. Das ist das industrielle Zentrum Estlands. In Tallinn bilden die Esten nur die Hälfte der Bevölkerung. Anstelle des Internationalismus führt dies zur nationalen Entfremdung und zu Spannungen. Die Esten fühlen sich nicht mehr zu Hause.»

Noch weniger bekannt ist die wirtschaftliche Benachteiligung Estlands: Das Moskauer Gebiet verkauft z. B. einen Liter Milch für 46 Kopeken, während Estland gemäss festgesetzten Preisen einen Liter Milch für 34 Kopeken verkaufen muss. Die elektrische Energie muss Estland an andere Gebiete der UdSSR unter dem Selbstkostenpreis verkaufen usw.

Die ethnische Struktur mancher Sowjetrepublik ist kompliziert geworden. Zu allen anderen Problemen muss sich Gorbatschow jetzt etwas einfallen lassen, um die Rechte und Interessen der einheimischen und zugewanderten Bürger, der Mehrheiten und der Minderheiten, rechtlich und organisatorisch neu festzulegen. ■